

Wahlprogramm – Entwurf

Präambel	2
I. Arbeit für alle. Soziale Grundrechte erneuern und garantieren	3
1. Arbeit in Würde – Wirtschaft für die Menschen statt Menschen für die Wirtschaft	3
1.1. Statt Arbeitslosigkeit Arbeit finanzieren. Weg mit Hartz IV!	4
1.2. Arbeit zu menschenwürdigen Bedingungen	4
1.3. Gesetzlichen Mindestlohn einführen	5
1.4. Zukunftsinvestitionsprogramm	5
1.5. Arbeit umverteilen	5
1.6. Kapitalmacht begrenzen	6
2. Soziale Sicherheit: Solidarität und Selbstbestimmung statt Sozialraub und Entmündigung	6
2.1. Bedarfsorientierte soziale Grundsicherung	6
2.2. Existenzsichernde Rente mit Grundbetrag	6
2.3. Solidarische Bürgerversicherung	7
2.4. Wertschöpfungsabgabe	
2.5. Ökologische Zukunftssicherheit	8
2.6. Öffentliche Daseinsvorsorge	8
II. Hochwertige Bildung für alle!	9
1. Soziale und demokratische Bildungsreform	9
2. Bund und Länder in Verantwortung nehmen	9
3. Gegen Kinderarmut! Jedem Kind einen guten Start ins Leben!	10
III. Ein Neuansatz für Ostdeutschland, für strukturschwache Regionen in Ost und West	10
1. Stabilisierung der wirtschaftlichen und sozialen Lage	11
2. Zukunft durch Innovation und Bildung	11
3. Den Ostdeutschen mehr Stimme in Politik und Öffentlichkeit	12
IV. Protest ernst nehmen. Mehr direkte Demokratie durchsetzen	12
1. Mehr direkte Demokratie	12
2. Öffentliche Sicherheit gewährleisten, Grundrechte garantieren	13
3. Rechtsextremismus bekämpfen	13
4. Die Bundesrepublik ist ein Einwanderungsland - gleiche Rechte für alle	14
5. Geschlechtergerechtigkeit	15
V. Umverteilung von oben nach unten: Für ein solidarisches Steuersystem	15
VI. Frieden leben, Frieden ermöglichen, Globalisierung gestalten	16
1. Deutschland verweigert den Kriegsdienst	16
2. Arbeitsplätze durch Abrüstung und Umstellung auf zivile Produktion	16
3. Für eine erneuerte Europäische Union	17
4. Globalisierung gerecht gestalten	18

Für eine neue soziale Idee Die Linkspartei.PDS

Eine andere Politik ist nötig – für soziale und demokratische Alternativen

Fünf Millionen Arbeitslose, trotz Ausbildungspakt Zehntausende fehlende Lehrstellen, Millionen Menschen in ungesicherten Arbeitsverhältnissen, eine nach wie vor bestehende Kluft zwischen Ost- und Westdeutschland – das ist die Bilanz der Politik von SPD und Grünen.

Die gesellschaftlichen Verhältnisse sind absurd:

Steigende Dividenden gehen einher mit Massenentlassungen und Steuergeschenken an die Vertreter des großen Kapitals. Die Senkung des Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuer geht einher mit zunehmender Verschuldung der öffentlichen Haushalte und Massenarbeitslosigkeit. Steigende Produktivität der Beschäftigten ermöglicht kürzere Arbeitszeiten und steigende Einkommen, doch tatsächlich erleben wir Arbeitszeitverlängerungen, Lohn- und Rentenkürzungen. Die Krankenversicherten werden mit Praxisgebühren, Zuzahlungen und Sonderbeiträgen für Zahnersatz und Krankengeld belastet. Die Arbeitgeberbeiträge werden einseitig gesenkt und damit die ohnehin steigenden Gewinne wirtschaftsstarker Unternehmen subventioniert.

Die Hauptverlierer sind die Arbeitslosen. Rot-Grün hat die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes gekürzt, die Arbeitslosenhilfe abgeschafft, das Arbeitslosengeld II auf Sozialhilfeniveau gesenkt. Nicht „Fordern *und* Fördern“, sondern „Fordern *statt* Fördern“ ist die Devise: mit verschärften Kontrollvorschriften und Zumutbarkeitsregelungen, die weder Rücksicht auf Qualifikation noch tarifliche Entlohnung nehmen. Hartz IV steht für Armut und Demütigung per Gesetz.

Die Agenda 2010 steht für Wahlbetrug und Entsolidarisierung. Mit ihr hat sich die SPD von sozialdemokratischen Grundsätzen verabschiedet. Die Regierungsparteien wollen diese ungerechte und gescheiterte Politik der Agenda 2010 fortsetzen. Darüber können einige plakative, sozial klingende Aussagen in den Wahlprogrammen nicht hinwegtäuschen.

SPD, Grüne, CDU/CSU und FDP bieten nicht die Möglichkeit, zwischen verschiedenen politischen Richtungen zu wählen. Sie vertreten lediglich unterschiedliche Varianten einer Politik des Sozialabbaus und der Umverteilung von unten nach oben.

Wie sehen die angeblichen Alternativen der bürgerlichen Opposition aus? Es waren stets Schröder *und* Merkel, es war das große Kartell der sozialen Kälte aus SPD *und* CDU/CSU, Grünen *und* FDP, das im Bundesrat gemeinsam durchbrachte, was den Menschen als „Reformen“ zugemutet worden ist.

CDU/CSU und FDP wollen den Kündigungsschutz einschränken, Arbeitszeiten verlängern, Löhne senken, die Mehrwertsteuer erhöhen, Mitbestimmung begrenzen, die Bedeutung von Tariflöhnen verringern und eine, jetzt als Gesundheitsprämie bezeichnete, „Kopfpauschale“ statt solidarischer Krankenversicherung einführen. Das führt zu weiterem Abbau sozialer und demokratischer Rechte der Menschen und zu mehr Arbeitslosigkeit. Die Gesellschaft wird noch mehr gespalten.

Das Gegenteil ist sozial und wirtschaftlich geboten: Die Einkommen der Menschen müssen steigen, die Arbeitszeiten kürzer werden. Öffentliche Daseinsvorsorge und Dienstleistungen sind zu verbessern. Der Staat muss eine aktive Wirtschafts-, Sozial- und Ökologiepolitik betreiben. Mit gerechten Steuern lässt sich das auch finanzieren.

Es gibt eine soziale und demokratische Alternative zur Politik der faktischen großen Koalition der vergangenen sieben Jahre.

Die Linkspartei.PDS setzt sich gemeinsam mit anderen für Arbeit und soziale Gerechtigkeit, für soziale Grundrechte und individuelle Freiheitsrechte ein. Für Demokratie und Mitbestimmung, für den sozial gleichen Zugang zu Bildung und Wissen. Für Frieden und friedliche Konfliktbeteiligung, für eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung.

Wir wollen eine bessere Gesellschaft. Eine, in der Schwache nicht länger schwach, Einzelne nicht länger allein, Arbeitsuchende nicht länger arbeitslos, Fremde nicht länger fremd und Abhängige nicht länger wehrlos bleiben.

Deshalb:

Ihre Stimme für wirkliche Alternativen! Ihre Stimme für Die Linkspartei.PDS!

1. Arbeit für alle. Soziale Grundrechte erneuern und garantieren

1. Arbeit in Würde – Wirtschaft für die Menschen statt Menschen für die Wirtschaft

Eine zukunftsfähige Gesellschaft muss als Grundrecht garantieren, dass ihre Bürgerinnen und Bürger die Existenz aus eigener Kraft sichern können. Für über fünf Millionen Arbeitslose gilt dies in Deutschland heute nicht, denn ein Grundprinzip der gegenwärtigen Gesellschaft lautet, dass Menschen sich „rechnen“ müssen. Wer sich nicht rechnet, wird entlassen.

Wir setzen dagegen, dass jeder Mensch ein Recht hat, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Die rot-grüne Bundesregierung hat mit ihrer Agenda 2010, vor allem mit dem Hartz IV-Gesetz, mit diesem Grundsatz gebrochen. Wir halten jedoch daran fest und stehen für Solidarität. Es gibt Alternativen – der Ausbruch aus sozialer Demütigung und Ausgrenzung ist möglich.

Arbeitsplätze können nur gesichert, Arbeitslosigkeit kann nur dann zurückgedrängt werden, wenn in der Wirtschaftspolitik der Grundsatz beachtet wird: Ohne Nachfrage kein Wachstum und keine neuen Arbeitsplätze. Deshalb muss die Kaufkraft der Bevölkerung auf dem Binnenmarkt gestärkt werden. Deshalb brauchen wir die Abkehr von Niedriglohnstrategien! Stattdessen brauchen wir die Wiederherstellung der längeren Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I und eine Erhöhung der Einkommen mindestens in dem Maße, wie die gesamtwirtschaftliche Produktivität und die Preise steigen. Keine weitere Senkung von Sozialeinkommen! Die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften und die Bindungswirkung der Tarifverträge sollen gestärkt und die Lockerung des Kündigungsschutzes zurückgewiesen werden. Die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen muss erleichtert werden.

Die Nachfrage muss durch öffentliche Investitionen erhöht werden. Statt Dienstleistungen zu privatisieren und einzuschränken, wollen wir, dass öffentliche und soziale Leistungen ausgebaut werden – in Schulen und Hochschulen, Pflege-, Betreuungs- und Kultureinrichtungen, öffentlichem Nahverkehr und Umweltschutz. Würde Deutschland einen solchen Anteil seines Sozialprodukts wie die USA für öffentliche Investitionen aufwenden, wären das 30 Milliarden Euro mehr im Jahr als gegenwärtig. Ein sozial und ökologisch sinnvolles Wachstum, mehr Arbeitsplätze und mehr Ausgaben für das Gemeinwohl zugleich sind möglich.

Kurz: Millionen neuer Arbeitsplätze erfordern neben einer gerechten Umverteilung der vorhandenen Arbeit erhebliche Investitionen – mehr ökologisch sinnvolle Investitionen der öffentlichen Hand und mehr private Investitionen, die nur dann zu erwarten sind, wenn höhere Einkommen der Verbraucher zu höherer Binnennachfrage führen. Steigender Export allein wird nicht einmal zur Minderung der Arbeitslosigkeit führen.

Allerdings werden Massenkaukraft und öffentliche Investitionen kaum schlagartig steigen. Jeder Weg beginnt mit ersten Schritten:

1.1. Statt Arbeitslosigkeit Arbeit finanzieren. Weg mit Hartz IV!

Hartz IV kommt alle teuer zu stehen. Mit Milliarden Euro wird der dauerhafte Ausschluss von Millionen Menschen aus der Erwerbsarbeit finanziert – mit gelegentlichen Gastrollen am Rande der Arbeitswelt in Gestalt von „Arbeitsgelegenheiten“ für einen Euro die Stunde.

Unser Alternativvorschlag ist einfach und machbar. Wir wollen mit denselben finanziellen Mitteln und durch ihre Kombination mit anderen Fonds reguläre, versicherungspflichtige und Existenz sichernde Arbeitsplätze schaffen.

Wir fordern, dass Langzeitarbeitslose das Geld, das sie als ALG II plus Kosten der Unterkunft und als Zuverdienst aus „Ein-Euro-Jobs“ in der Tasche haben, als Nettolohn, also im Arbeitnehmerstatus mit Arbeitsvertrag, ausgezahlt bekommen - ohne die Zwänge und Demütigungen, die ihnen bei ALG II und Ein-Euro-Jobs zugemutet werden.

Kommen ein Teil des durch ein gerechteres Steuersystem, etwa durch Wiedererhebung der Vermögenssteuer, erzielbaren Steueraufkommens und Gelder aus vorhandenen Fondsfonds von Ländern, Bund und Europäischer Union dazu, dann treten an die Stelle von Arbeitslosigkeit und Ein-Euro-Jobs reguläre, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze.

Solche Arbeitsplätze sollen zusätzlich dort entstehen, wo für die Privatwirtschaft Dienstleistungen für einzelne oder für das Gemeinwesen nicht rentabel sind. Das ist möglich außerhalb des Wettbewerbs mit Privatunternehmen durch einen Einstieg in öffentlich geförderte gemeinnützige Beschäftigungssektoren zwischen Privatwirtschaft und Staat, für die die spezifischen Bedingungen tariflich auszuhandeln sind. Eine gegenüber bestehenden Tarifen für vergleichbare Tätigkeiten einstweilen geringere Bezahlung soll durch kürzere Arbeitszeiten, durch familien- und qualifizierungsfreundliche Arbeitsbedingungen, Chancen für Ältere und Geschlechtergerechtigkeit kompensiert werden.

Arbeitsplätze in gemeinnützigen Beschäftigungssektoren sollen in regionaler Verantwortung unter Einbeziehung von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden in transparenten Verfahren eingerichtet werden. Ein Abbau regulärer Beschäftigung im öffentlichen Sektor und eine Beeinträchtigung der Privatwirtschaft muss vermieden werden.

Das Recht von Jugendlichen unter 25 Jahren auf Arbeitsförderung und Job-Angebote an arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger sind zu sichern. Jugendliche haben ein Recht auf Ausbildung, den Zwang zur Annahme jeglicher Jobs lehnen wir ab.

1.2. Arbeit zu menschenwürdigen Bedingungen

Zu den Verlierern des globalen Verdrängungswettbewerbs gehören die gering Qualifizierten in unserem Land. Viele von ihnen werden als „überflüssig“ behandelt oder in die Schwarzarbeit abgedrängt. Notwendig sind stattdessen bedarfsgerechte Qualifizierungsangebote. Und die Arbeit der Betroffenen soll für sie selbst und für die Unternehmen lohnender werden – nicht durch Kürzung der Nettolöhne, sondern durch gezielte Lohnkostenzuschüsse aus öffentlicher Hand. Die Sozialabgaben für besonders schlecht bezahlte Personengruppen in bestimmten Branchen sind auf Zeit aus Steuermitteln zu finanzieren, um zusätzliche Beschäftigung zu schaffen. Lohnkürzungen und eine Ausweitung des Niedriglohnsektors, wie von anderen Parteien gefordert, sind kein gangbarer Weg zu mehr Beschäftigung.

Menschen mit Behinderungen sollen selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Wir wollen, dass sie gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Bauliche

und kommunikative Barrieren müssen beseitigt werden. Bedarfsgerechte persönliche Assistenz muss für sie besser erreichbar sein.

1.3. Gesetzlichen Mindestlohn einführen

Nur in Deutschland wird die Einführung eines Existenz sichernden gesetzlichen Mindestlohns als unerträgliche Bedrohung für die Wirtschaft denunziert. In den meisten anderen entwickelten Ländern gibt es ihn. Wir fordern einen gesetzlichen Mindestlohn von nicht weniger als 1.400 Euro brutto im Monat. Das bringt nicht „das Paradies auf Erden“, aber es wird damit ein Weg aus sozialer Ausgrenzung eröffnet und andererseits eine Sicherung gegen sozialen Abstieg errichtet. Dies sind Gebote der Achtung der Menschenwürde und ein wirtschaftspolitisch vernünftiger Beitrag zur Steigerung der Binnennachfrage und der Absatzchancen kleiner und mittlerer Unternehmen.

In Wirtschaftsbereichen, in denen die niedrigsten tariflichen Lohngruppen oberhalb dieses Mindestlohns liegen, sollen die Tarifverträge leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden können. Ein Entsendegesetz muss allen Branchen vorschreiben, dass für Lohnzahlung und Arbeitsbedingungen die Standards des Arbeitsortes gelten.

1.4. Zukunftsinvestitionsprogramm

Unser Land braucht weiter reichende Lösungen des Beschäftigungsproblems, es braucht Zukunft durch Innovation und hochwertige Produktion. Die wichtigsten Bedingungen dafür sind gut ausgebildete Menschen, eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur und moderne Dienstleistungen. Für die Zukunft vorsorgen bedeutet deshalb: mehr investieren in hochwertige Bildung und Erziehungseinrichtungen, in Wissenschaft und Forschung für zukunftsfähige Technologien und Produkte, die Arbeitsplätze schaffen. Wir brauchen Investitionen, die die öffentliche Daseinsvorsorge gewährleisten und einen sozial-ökologischen Umbau voranbringen. Deswegen ist ein umfangreiches, längerfristig angelegtes Zukunftsinvestitionsprogramm notwendig. So können wir durch politische Gestaltung Defizite des Marktes ausgleichen und den Strukturwandel zur Informations- und Wissensgesellschaft fördern.

1.5. Arbeit umverteilen

Der Trend, die Arbeitszeiten wieder zu verlängern, meist ohne Lohnausgleich, muss gestoppt und umgekehrt werden. Er bedeutet Lohnsenkung und führt zu mehr Arbeitslosigkeit. Ein erster wichtiger Schritt ist eine wirksame Begrenzung der Überstunden. Das Arbeitszeitgesetz muss reformiert und die durchschnittliche regelmäßige Höchstarbeitszeit auf 40 Stunden gesenkt werden.

Wir unterstützen die Gewerkschaften, wenn sie versuchen, Arbeitszeitverkürzungen zu vereinbaren. Die fortschreitende Steigerung der Produktivität ermöglicht auch in Zukunft Arbeitszeitverkürzungen, ohne dass Lohnsenkungen die notwendige Folge sein müssen. Zumindest für Beschäftigte mit geringerem Einkommen muss ein Lohnausgleich gewährleistet werden. Arbeitszeitverkürzungen sind auch notwendig, um jungen Menschen, die gerade eine Ausbildung durchlaufen haben, berufliche Perspektiven zu eröffnen.

Dringlich ist eine moderne, familienfreundliche Arbeitszeitpolitik, die mehr Zeit für Erholung und eigene Interessen, für Kinder, Partnerinnen, Partner und Freundschaften lässt. Teilzeitbeschäftigung ist durch vollwertige soziale Absicherung bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter zu fördern. Wer aus Vollbeschäftigung in Teilzeitarbeit wechseln musste, soll das Recht haben, in Vollzeitarbeit zurückzukehren.

Wir wollen die Tarifautonomie und die Mitbestimmung im Betrieb ausbauen. Der Anspruch auf Kurzarbeitergeld für bei Streiks „kalt“ ausgesperrte Beschäftigte soll wieder eingeführt werden.

1.6. Kapitalmacht begrenzen

Wirtschaft ist kein Selbstzweck; sie ist nicht nur eigenständiger, sondern zugleich auch sozial verantwortlicher Teil einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Dem muss Rechnung getragen werden: Mitbestimmung und Beteiligung der Beschäftigten am Produktivvermögen werden ausgebaut. Aktienoptionen für Manager werden verboten. Die Regulierung und Kontrolle auf den Finanzmärkten wird ausgebaut. Die wachsenden Ansprüche der Eigentümer und Großaktionäre auf leistungslose Einkommen sind nur durch eine umfassende Demokratisierung der Wirtschaft zurückzudrängen. Die Steuerbefreiung bei Beteiligungsverkäufen wird zurückgenommen. Die internationalen Währungsverhältnisse und Kapitalströme müssen stabilisiert und kontrolliert werden. Wir fordern die Einführung einer Steuer auf internationale Devisentransaktionen und einen konsequenten Kampf gegen Steueroasen. Dem Privatisierungsdruck der Europäischen Kommission muss wirksam entgegengetreten werden.

2. Soziale Sicherheit: Solidarität und Selbstbestimmung statt Sozialraub und Entmündigung

2.1. Bedarfsorientierte soziale Grundsicherung

Wer wegen Arbeitslosigkeit, zu geringem Einkommen, Ausbildung sowie aus anderen sozialen, gesundheitlichen oder altersbedingten Gründen arm oder von Armut bedroht ist, soll Anspruch auf eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung haben. Für eine solche Grundsicherung müssen die Regelleistungen in den steuerfinanzierten Sicherungssystemen auf ein Niveau angehoben werden, das sich am Bedarf der Betroffenen orientiert.

Bedarfsorientiert heißt mindestens Armut vermeiden. Jede und jeder, auch jede Familie mit Kindern darf nicht weniger im Monat zur Verfügung haben als 60 Prozent des durchschnittlichen Haushaltseinkommens vergleichbarer Familien im Land. Für Alleinstehende sind dies heute mindestens 750 netto Euro im Monat, für eine Familie mit zwei kleinen Kindern mindestens 1.900 Euro netto.

Die soziale Grundsicherung steht als Individualrecht jeder und jedem zu. Verwandte sollen nicht als „Bedarfgemeinschaften“ für das Lebensnotwendige in Haftung genommen und eigene Anstrengungen zur Alterssicherung nicht belastet werden. Die Ablehnung unzumutbarer Arbeitsbedingungen darf nicht zum Verlust des Anspruchs führen; Zwang zur Arbeit lehnen wir ab.

Als erste Schritte zu einer tatsächlichen Grundsicherung fordern wir:

- Anhebung des Arbeitslosengeldes II auf mindestens 420 Euro in Ost und West (zuzüglich Kosten der Unterkunft).
- höhere Freibeträge für Ersparnisse vor allem zur Alterssicherung.
- eine deutliche Verbesserung der Zuverdienstmöglichkeiten.

2.2. Existenz sichernde Rente mit Grundbetrag

Jedem Menschen steht auch im Alter ein würdevolles Leben zu. Deshalb lehnen wir das Kürzen von Renten und das Heraufsetzen der Altersgrenze für den Rentenbezug ab. Wir streben als untere Versicherungsgrenze eine Rente mit Grundbetrag von gegenwärtig monatlich 800 Euro an. Noch bestehende Benachteiligungen ostdeutscher Rentner müssen aufgehoben werden. Um Frauenaltersarmut nachhaltig abzubauen, sind die Erziehung der Kinder und die Pflege von Angehörigen stärker anzurechnen. Das ist mit Steuermitteln zu sichern. Die Rentenentwicklung soll im Gleichschritt mit dem Nettolohnzuwachs erfolgen.

Das derzeitige Rentensystem ist gefährdet, weil Massenarbeitslosigkeit, eine wachsende Zahl von Nichtversicherten und Niedriglohnbeschäftigung seine Finanzierung untergraben und die Leistungsstärkeren nur begrenzt zur Kasse gebeten werden. Unsere Gesellschaft wird immer älter. Das stellt den bewährten Generationenvertrag vor zusätzliche Herausforderungen. Die Linkspartei.PDS schlägt daher vor, die gesetzliche Rentenversicherung in eine Erwerbstätigenversicherung umzuwandeln, in die alle Berufsgruppen, Freiberufler, Selbstständige, Abgeordnete und in einem längeren Prozess auch Beamtinnen und Beamte einbezogen werden. Dabei müssen sämtliche Einkommen berücksichtigt werden, das heißt auch Zinseinnahmen. Die Beitragsbemessungsgrenze soll an- und später aufgehoben werden. Menschen mit höheren Einkommen sollen also in größerem Umfang für die solidarische Finanzierung der Renten herangezogen werden, ohne dass ihre Ansprüche in gleichem Maße steigen. Wenn alle Einkommen herangezogen werden, können die Beitragssätze gesenkt werden.

2.3. Solidarische Bürgerversicherung

Seit langem laufen die "Reformen" des Gesundheitswesens darauf hinaus, Patientinnen und Patienten stärker zu belasten und den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung einzuschränken. CDU und CSU planen mit der Einführung der "Kopfpauschale", jetzt Gesundheitsprämie genannt, eine noch weiter gehende Entsolidarisierung im Gesundheitswesen.

Dem steht die Idee einer Bürgerversicherung von allen für alle gegenüber. Die Linkspartei.PDS will eine *solidarische* Bürgerversicherung, die *alle* Berufsgruppen und Einkommensarten in die gesetzliche Krankenversicherung und in die Pflegeversicherung einbezieht. Gerade die Einkommensstärkeren sollen sich an der Finanzierung eines solidarischen Gesundheitssystems beteiligen und nicht in die privaten Kassen ausweichen können. Die Beitragsbemessungsgrenze soll in einem ersten Schritt auf 5.100 Euro angehoben werden. Wir halten am Grundsatz der paritätischen Finanzierung fest.

Außerdem brauchen wir dringend Strukturreformen im Gesundheitswesen, um Effizienz und Qualität zu steigern. Die Linkspartei.PDS hat dazu konkrete Vorschläge ausgearbeitet. Die sozialen Bedingungen für die Beschäftigten im Gesundheitswesen sind so zu gestalten, dass diese ihre Verantwortung für die Patientinnen und Patienten uneingeschränkt wahrnehmen können. Dem Ärztemangel auf dem Land, insbesondere in Ostdeutschland, muss mit Modellen wie Ärztehäusern und Gemeindeschwesterstationen gegengesteuert werden, die finanzielle Anreize zur Ansiedlung in dünn besiedelten Gebieten einschließen.

2.4. Wertschöpfungsabgabe

Unternehmen zahlen heute Beiträge nach der Zahl ihrer Beschäftigten und der Höhe ihrer Bruttolöhne in die sozialen Sicherungssysteme ein. Auf Grund der ökonomischen Entwicklungen in den vergangenen Jahrzehnten ist die Zahl der Beschäftigten eines Unternehmens nicht mehr das entscheidende Moment seiner wirtschaftlichen Stärke.

Die heutige Struktur der Lohnnebenkosten verteuert Arbeitsplätze. Wir wollen, dass Unternehmen nach ihrer realen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, nach ihrer Wertschöpfung, und nicht nach der Zahl der Beschäftigten und der Höhe des Bruttolohnes in die sozialen Sicherungssysteme einzahlen. Wir treten deshalb für einen Prozess ein, in dem die heutigen Lohnnebenkosten durch eine Wertschöpfungsabgabe ersetzt werden

2.5. Ökologische Zukunftssicherheit

Eine zukunftsfähige Politik geht sorgsam mit natürlichen Ressourcen um und fördert eine die Umwelt schonende Lebensweise. Wir wollen, dass Ökonomie, Soziales und Ökologie in Einklang gebracht werden. Nach sieben Jahren Rot-Grün bleiben elementare Herausforderun-

gen auf der Tagesordnung: die Energiewende, die Verkehrswende, die Reduzierung des Ressourcenverbrauchs und der Umweltbelastung durch Schadstoffe und Abfälle. Union und FDP kündigen sogar an, den zaghaften Atomausstieg wieder zu beenden. Dem werden wir uns entgegenstellen!

Wir verfolgen eine Nachhaltigkeitsstrategie, in deren Zentrum sozial-ökologische Strukturformen stehen. Wir wollen Eigentums- und Machtstrukturen schrittweise verändern, die einem ökologischen Wandel entgegenstehen. Keine Vorfahrt für Beton und Profit zulasten von Umwelt und nachhaltiger Entwicklung! Für Umweltorganisationen streben wir mehr demokratische Mitwirkungs-, Kontroll- und Einspruchsrechte an. Wir setzen uns für regionale Wirtschaftskreisläufe und ökologisches Wirtschaften ein. Wir fordern auf Bundes- und Länderebene eine Strategie des Erhalts von Naturressourcen, der Ökologisierung der Landwirtschaft, der Sicherung von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft und der gleichberechtigten Förderung verschiedener Betriebsformen. Schluss mit dem Preisdumping der Handelsketten zulasten der Bauern!

Bis 2050 wollen wir erreichen, dass alle Energie aus erneuerbaren Quellen gewonnen wird. Die Potenziale sind vorhanden, sie müssen nur konsequent genutzt werden. Die Nutzung von Sonnenenergie muss schon heute entschieden vorangebracht werden, unter anderem durch große internationale Kooperationsprojekte.

Mit Energie muss sparsam und höchst effizient umgegangen werden – auch und gerade im Interesse der Umwelt. Wir wollen einen kurzfristigen Ausstieg aus der Atomenergie. Neue AKW lehnen wir daher ebenso ab wie den Export von Atomtechnik und unnötige Atomtransporte.

Für äußerst wichtig halten wir die dezentrale Energieversorgung. Die Energiemonopole wollen wir entflechten und demokratischer Kontrolle unterstellen.

Wir wollen eine ökologische Verkehrswende: Öffentlicher Verkehr soll ausgebaut und erheblich preiswerter werden; mehr Güterverkehr gehört auf die Schiene; Flugbenzin soll endlich besteuert werden. Der Dieselfilter ist in den nächsten fünf Jahren durchzusetzen.

Wir treten für den Schutz der Natur und ihrer biologischen Vielfalt ein. Für den Hochwasserschutz sind Überschwemmungsgebiete freizuhalten und zurückzugewinnen, Böden sind zu entsiegeln.

Wir lehnen die Patentierung von Lebewesen und Genen ab. Der verantwortungsbewusste Umgang mit den Möglichkeiten der Bio- und Gentechnologien muss gesichert werden. Wir unterstützen die Schaffung gentechnikfreier Zonen. Die Kennzeichnungspflicht von gentechnischen Bestandteilen ist bis auf die Nachweisbarkeitsgrenze durchzusetzen.

2.6. Öffentliche Daseinsvorsorge

Die Versorgung der Menschen mit Wasser und Strom, die Müll- und Abwasserentsorgung, der öffentliche Personenverkehr, Post- und Telekommunikation, kulturelle Leistungen, Gesundheitsdienste und das Bildungswesen sind Leistungen, die im Interesse des Gemeinwohls sicherzustellen sind. Leistungen der Daseinsvorsorge und öffentliche Dienste von allgemeinem Interesse dürfen nicht der privaten Konkurrenz unterworfen werden. Vor allem Bildung, Kultur und Gesundheit dürfen nicht zu Waren degradiert werden.

Wir kämpfen gegen die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, gegen die EU-Liberalisierungspolitik und unterstützen ein demokratisches EU-Rahmengesetz zu Diensten von allgemeinem Interesse.

II. Hochwertige Bildung für alle!

Bildung ist für die Entwicklung der Gesellschaft als Ganzes wie des Einzelnen eine Schlüsselfrage. Die Lebens- und Leistungschancen einer und eines jeden hängen heute mehr denn je vom freien Zugang zu Informationen und Wissen ab. Es geht um sozial gleiche Möglichkeiten, sich zu bilden und an den Gütern der Kultur teilzuhaben. Bildung und Innovation sind zur entscheidenden Ressource geworden. Die bundesdeutsche Gesellschaft ist dieser Herausforderung bisher nicht gewachsen. Privatisierung ist auch hier der falsche Weg. Das Ausmaß der Probleme erfordert eine *gesamtgesellschaftliche Anstrengung* auf verschiedenen Ebenen:

1. Soziale und demokratische Bildungsreform

Nationale Untersuchungen und internationale Vergleiche belegen: Bildungsmöglichkeiten und Bildungserfolge sind hier zu Lande mehr als anderswo von der sozialen Herkunft abhängig. Bereits bestehende soziale Ungleichheiten werden durch mangelnde individuelle Förderung, frühzeitige Auslese und soziale Ausgrenzung reproduziert und verstärkt. Gute Bildung bleibt einem Teil der Kinder und Jugendlichen vorbehalten. Diesen Teufelskreis müssen wir durchbrechen. Die Linkspartei.PDS fordert eine demokratische Bildungsreform nach folgenden Grundsätzen:

- Alle fördern und keinen zurücklassen; individuelle Förderung statt frühzeitige Auslese!
- Eine Schule für alle – Schluss mit dem ineffizienten, sozial ausgrenzenden gegliederten Schulsystem!
- Langes gemeinsames Lernen in einer integrativen Gemeinschaftsschule von Klasse 1 bis Klasse 10. Ein ausgewogenes Netz von Ganztagsangeboten und Ganztagschulen. Die Schule muss zu einem Ort des Lernens und Lebens von Kindern und Jugendlichen werden.
- Sozial gleichen Zugang zur gymnasialen Stufe absichern.
- Konzentration der Anstrengungen auf die Bildung in der frühen Kindheit und in den Grundschuljahren. Zugang für alle zu Kita und Vorschule.
- Jedem Schulabgänger, jeder Schulabgängerin einen Ausbildungsplatz! Betriebe, die nicht ausbilden – obwohl sie es könnten – sollen zahlen.
- Gebührenfreiheit in Schule und Lehre, keine Studiengebühren!

Hochschulen und andere Wissenschaftseinrichtungen brauchen dauerhaft sichere Finanzierung. Ein sozial gleicher Zugang zum Hochschulstudium ist – unabhängig von der sozialen Herkunft – zu gewährleisten. Wir fordern ausreichende Ausbildungsförderung ohne Rückzahlungsverpflichtungen, Demokratisierung durch verbesserte Mitbestimmung und ein großes Maß an Autonomie der Hochschulen. Dringlich ist ein Personalstrukturwandel gegen die hierarchische und männerdominierte Verfasstheit der Wissenschaftseinrichtungen.

2. Bund und Länder in Verantwortung nehmen

Eine Bildung für alle kann nur in Verantwortung des Staates und bei ausreichender Förderung durch die öffentliche Hand gewährleistet werden. Deshalb wenden wir uns gegen Privatisierungen im Bildungswesen. Wenn das gewährleistet ist, sind auch private Initiativen und gemeinnütziges Engagement von Bildungsträgern sinnvoll.

Ein sozial gerechtes und zukunftsfähiges Bildungssystem sicherzustellen, ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. Wir brauchen mehr und nicht weniger Zusammenarbeit in der Bildungspolitik. Es geht um die Überwindung der Kleinstaaterei im Bildungswesen: Ein Bildungsabschluss darf in einem Bundesland nicht weniger wert sein als in einem anderen. Wir befürworten einheitliche Qualitätsstandards und Prüfungsanforderungen in ganz Deutschland.

Der Bund muss für Bildung mehr Geld einsetzen. Die Bundesländer, jedes auf sich gestellt, werden die notwendigen Finanzen nicht allein erbringen können. Die öffentlichen Ausgaben für das Bildungswesen sind auf sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts anzuheben. Wir orientieren auf eine langfristige strukturelle Umverteilung der Mittel zu Gunsten der Vorschul- und Grundschulangebote.

Eine Bildungsreform darf vor Weiter- und Fortbildung, lebenslangem und berufsbegleitendem Lernen nicht Halt machen. Wir fordern den Rechtsanspruch auf lebensbegleitendes Lernen, flankierende Maßnahmen durch Gesetzgebung, Tarifvereinbarungen und Weiterbildungsfonds. Den Unternehmen kommt – auch finanziell – eine größere Verantwortung zu.

Bildung und Kultur sind wesentliche Voraussetzungen für Schöpferkraft und Erneuerungskraft einer modernen, leistungsfähigen Gesellschaft. Weitere Reduzierung der Mittel und Liberalisierungen im Dienstleistungsbereich bedrohen die Kulturlandschaft. Wir fordern Rahmenbedingungen, die allen Menschen kulturelle Selbstbetätigung und Teilhabe an Kultur ermöglichen. Die Linkspartei.PDS spricht sich dafür aus, dass Kultur als Pflichtaufgabe in den Kommunen gesetzlich verankert wird. Wir wollen, dass die Künstlersozialversicherung erhalten und der Bundesszuschuss wieder auf 25 Prozent angehoben wird.

3. Gegen Kinderarmut: Jedem Kind einen guten Start ins Leben!

Etwa zwei Millionen Kinder leben in der reichen Bundesrepublik in Armut: Für sie ist schlechte Bildung vorprogrammiert. Ausschluss aus der Gemeinschaft anderer Kinder, oft kein Schulabschluss und kein Ausbildungsplatz verbauen Lebenschancen von Anfang an.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt ist überfällig. Für Väter und Mütter müssen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, Kindererziehung und Beruf vereinbaren zu können.

Die Linkspartei.PDS wird unverzüglich die Initiative für eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Gemeinden ergreifen, um Folgendes zu erreichen:

- gebührenfreie Kitaplätze für alle Kinder. Uneingeschränkter Rechtsanspruch auf Bildung, Erziehung und Betreuung von Anfang an,
- keine Anrechnung des Kindergeldes bei Beziehern von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe, das Kindergeld soll von 154 auf 250 Euro erhöht werden,
- Ganztagsbetreuungsangebote für Kinder jedes Alters, damit beide Elternteile, aber auch Alleinstehende erwerbstätig sein können,
- gute Startchancen für alle Kinder durch Bildungsaufgaben im Kindergarten, durch den Einsatz ausgebildeter Fachkräfte und durch intensive Sprachförderung in der Schule,
- soziale Integration von Kindern aus eingewanderten Familien.

III. Ein Neuanatz für Ostdeutschland, für strukturschwache Regionen in Ost und West

Wenn einer Region die Menschen weglaufen, verliert sie ihre Zukunft. Seit 1996 wächst der Abstand in der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen West und Ost wieder. Trotz riesiger West-Ost-Transfers ist die Arbeitslosigkeit im Osten nach wie vor doppelt so hoch wie im Westen. Auch wenn sich vieles in der ostdeutschen Teilgesellschaft verbessert hat: Insbesondere junge, gut ausgebildete Menschen, darunter viele Frauen, verlassen den Osten.

Da auch 15 Jahre nach der Herstellung der deutschen Einheit große Teile der ostdeutschen Bevölkerung zweitklassig behandelt werden, da so viele von ihnen in ihrer Heimat keine Perspektive finden – muss ein Neuanatz gewagt werden!

Wir wollen die vorhandenen, oft fragilen oder blockierten Entwicklungspotenziale strukturschwacher Regionen in Ost und West, die gemeinsamen Auffassungen und Erfahrungen der dort lebenden Menschen ins Zentrum der politischen Aufmerksamkeit rücken. Wir wollen, dass die Erfahrungen, das Wissen und die Kultur der Menschen in Ostdeutschland als völlig gleichwertig angesehen und behandelt werden. Dann würde unsere Forderung nach gleichen sozialen Standards und gleichen Löhnen für gleiche Arbeit zwischen Ost und West auch von der großen Mehrheit der Bevölkerung in Westdeutschland akzeptiert werden. Wir wollen, dass die ost- und westdeutsche Geschichte gleichermaßen als deutsche Geschichte behandelt wird.

1. Stabilisierung der wirtschaftlichen und sozialen Lage

Eine neue Politik im Bund, die auf Arbeit und soziale Gerechtigkeit, auf Investitionen und Innovationen, auf die Stärkung der Binnennachfrage und politische Gestaltungskraft gegenüber den Wildwüchsen des Marktes setzt, ist die erste Voraussetzung dafür, den Entwicklungstrend in Ostdeutschland und den anderen strukturschwachen Regionen umzukehren.

Der Bund muss zudem den ostdeutschen Ländern Planungssicherheit geben – sowohl was die Mittel aus EU und Solidarpakt als auch was seine eigenen Finanzbeziehungen zu ihnen betrifft. Strukturschwache Länder wie die ostdeutschen brauchen weiterhin ein Förderinstrument wie die Gemeinschaftsaufgabe „Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, allerdings in modernisierter Form. Länder mit besonderen Struktur- und Haushaltsproblemen sollten nicht mehr die Hälfte, sondern nur noch ein Viertel der Fördermittel kofinanzieren müssen. Die Mittel sollten gezielter zur Förderung von wissensbasierter Produktion eingesetzt werden können, also für Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten und für Personalentwicklung.

Eine vernünftige Förderpolitik muss berücksichtigen, welche Probleme die eigenkapital-schwachen ostdeutschen Unternehmen heute haben. Bei ihnen steht nach der Privatisierung bzw. Gründung notwendig die zweite Investitionswelle an. Existenzgründer sollten von überzogenen bürokratischen Auflagen befreit werden und gezielt Angebote aus erster Hand erhalten – auch über den Abschluss der Förderung hinaus.

Positive Erfahrungen der rot-roten Landesregierung in Schwerin mit einem Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramm bestärken uns darin, statt hierarchischer Zuweisung von Fördermitteln die Regionen selbst entscheiden zu lassen und ihnen dafür eigene Budgets zu geben.

Für die schwach entwickelten Regionen Deutschlands schlagen wir eine besondere regionale Leitbildplanung vor. Sie soll abrechenbare Ziele enthalten, zu deren Verwirklichung verbindliche Vereinbarungen mit der jeweiligen Landesebene geschlossen werden. Verkehrs-anbindung, Erreichbarkeit von Schulstandorten, ärztliche Versorgung und andere Fragen der sozialen und kulturellen Infrastruktur bedürfen dabei der besonderen Aufmerksamkeit der Landesregierungen.

Für junge Frauen und Familien müssen Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf geschaffen werden. Die flächendeckende Kinderbetreuung ist bereits heute ein wichtiger Standortvorteil des Ostens, der im Zuge europäischer Integration zu einem Standortvorteil für ganz Deutschland ausgebaut werden muss.

2. Zukunft durch Innovation und Bildung

Wir plädieren für eine neue Art von Industriepolitik im Osten und in strukturschwachen Regionen generell – für eine Industriepolitik,

- (1) die vor allem Zukunftsbranchen und -unternehmen profiliert und zu Kristallisationskernen (Cluster) regionaler und übergreifender Struktur- und Wirtschaftsentwicklung macht,
- (2) die dafür Sorge trägt, dass Ostdeutschland von der EU-Erweiterung nicht überrollt und abgehängt, sondern auf vielfältige Weise zur Drehscheibe, zum Dienstleister und zum Nutznießer der neuen europäischen West-Ost-Kooperation wird,
- (3) die die Fördermöglichkeiten für Forschung und Entwicklung in kleinen und mittelständischen Unternehmen verbessert und diesen den Zugang zu Fördermitteln erleichtert.

Der Solidarpakt II soll insgesamt stärker auf die Förderung industrienaher Infrastruktur und der Kooperation zwischen innovativen Unternehmen und Forschungseinrichtungen ausgerichtet werden, um Wachstumskerne zu stärken.

Notwendig ist der Wissenschaftsausbau als Standortpolitik mit verstärkter Bundesförderung. Bundesprogramme zur Förderung von ostdeutschen Kompetenzzentren müssen entsprechend neu zugeschnitten werden. Es geht um neue Modelle für Hochschulfinanzierung und -verwaltung, für die Einführung einer neuen Personalstruktur und zur Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern. In Wissenschaft und Forschung setzen wir uns ausdrücklich für die Förderung von Frauen ein. Die Potenziale hochqualifizierter Frauen sollten besser genutzt werden. Es ist notwendig, den Technologietransfer zwischen Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen zu verbessern, das Innovationspotenzial der Hochschulen, der Technologie- und Gründerzentren noch besser zu nutzen, Existenzgründer bei der Finanzierung ihrer Ideen zu unterstützen und die Kontinuität der Technologieförderung zu gewährleisten. Netzwerke sollen dabei nicht nur die Unternehmen, sondern diese auch mit Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen verbinden.

3. Den Ostdeutschen mehr Stimme in Politik und Öffentlichkeit!

Wenn wir wieder in Fraktionsstärke in den Deutschen Bundestag einziehen, gewinnt Ostdeutschland eine unverzichtbare Stimme zurück.

Die Ostdeutschen müssen wesentlich stärker an der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung beteiligt werden. Ihre Kompetenzen und Leistungen sind zu lange missachtet worden, ihr Mitbestimmungspotenzial lag brach, ihre Erfahrungen wie auch die Vielfalt ihrer Interessen wurden unzureichend beachtet.

Die enge Zusammenarbeit der ostdeutschen Bundesländer ist ein Gebot der Vernunft. Egoistische Eigenbrötelei führt zu Fehlentwicklungen in den Grenzregionen, zu unsinniger Konkurrenz bei der Entwicklung von Wirtschaft und Infrastruktur.

Die ostdeutschen Länder sollten gemeinsam danach streben, zum bundesweiten Modell für eine moderne Verwaltung zu werden: Veraltete Bestimmungen aus den Zeiten der Industriegesellschaft, die nach Ostdeutschland exportiert wurden, müssen abgeschafft, Antragsteller von überholten Nachweis- und Genehmigungspflichten entlastet, moderne Regelwerke für eine wissensbasierte Gesellschaft entwickelt werden.

IV. *Protest ernst nehmen. Mehr direkte Demokratie durchsetzen*

Willy Brandts Anspruch „Mehr Demokratie wagen!“ ist aus Sicht der Herrschenden inzwischen zum „Wagnis Demokratie“ verkommen. SPD und Grüne ließen im Gegensatz zu ihren Wahlversprechen und zum Koalitionsvertrag sowie unterstützt von der Union keine Volksabstimmungen auf Bundesebene zu, auch nicht, als es um die Zukunft des Kontinents ging. In anderen EU-Ländern zeigten Volksabstimmungen, wie groß die Differenz zwischen der herrschenden Politik einerseits und den Interessen der Bürgerinnen und Bürgern andererseits

geworden ist. Diese Kluft wird nicht dadurch geschlossen, dass die politischen Entscheidungen dem Votum der Menschen entzogen werden. Politische Entscheidungen müssen so gefällt werden, dass sie vor dem Volk als Souverän bestehen.

1. Mehr direkte Demokratie

Wir erneuern die Forderung nach mehr direkter Demokratie und Bürgerbeteiligung. Die Linkspartei.PDS will weg von der Zuschauerdemokratie hin zu einer Kultur der Beteiligung und des Dialogs.

Wir werden uns weiter für die Einführung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden auf Bundesebene einsetzen. Über die Änderung der Verträge zur Europäischen Union und insbesondere über den Verfassungsvertrag für die Europäische Union soll auch in Deutschland das Volk direkt entscheiden. Wir streiten für das Wahlrecht für Nicht-Deutsche, die ständig in Deutschland leben, und eine Absenkung des Wahlalters auf 16. Wir wollen darüber hinaus die Mitbestimmungs- und Entscheidungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen stärken.

Wir wenden uns gegen den Bedeutungsverlust der Parlamente gegenüber Regierungen und ihren Apparaten. Der Bundestag muss nicht nur frühzeitiger über die Entscheidungsvorbereitung informiert, sondern auch in sie einbezogen werden. Die parlamentarische Öffentlichkeitsarbeit ist zu qualifizieren, Positionen von Gewerkschaften, Sozial-, Umwelt-, Verbraucher-, Mieterverbänden und demokratischen Bewegungen müssen frühzeitig gehört werden. Unsere künftige Bundestagsfraktion wird für sie ein offener und engagierter Ansprechpartner sein. Die Rechte der Ausschüsse und Abgeordneten auf Unterrichtung und Akteneinsicht sind zu stärken. Bundestag und Landesparlamente müssen in die Lage versetzt werden, das Handeln von Bundesregierung und Ländervertretern in den Räten der EU effektiv zu kontrollieren. Eine Zustimmung der Bundesrepublik zu EU-Rechtsetzungsakten darf nicht gegen den erklärten Willen des Bundestages erfolgen.

Die Linkspartei.PDS steht für einen kooperativen, solidarischen Föderalismus. Die Gestaltungsmöglichkeiten der Länder müssen erheblich erweitert, die Kompetenzen der Landtage gestärkt werden. Es geht um mehr Demokratie, mehr Transparenz, mehr Bürgernähe sowie mehr Handlungs- und Gestaltungsraum für diejenigen, die den sozialen Problemen am nächsten sind. Dazu gehört eine angemessene und aufgabengerechte Finanzausstattung für die Kommunen sowie die Verankerung von kommunalen Beteiligungsrechten und des Grundsatzes im Grundgesetz, wonach derjenige, der Aufgaben auf die Kommunen überträgt, auch für deren vollständige Finanzierung geradestehen muss.

2. Öffentliche Sicherheit gewährleisten, Grundrechte garantieren

Demokratische Bürger- und Freiheitsrechte sind wie soziale Grundrechte für uns unverzichtbare Bedingung demokratischer Politik. Wer öffentliche Sicherheit will, muss für inneren Frieden, gesellschaftlichen Ausgleich und soziale Gerechtigkeit sorgen, nicht für den Abbau von Freiheit und Selbstbestimmung. Öffentliche Sicherheit entsteht dort, wo effektives staatliches Handeln der Kontrolle, Einflussnahme und Mitwirkung der Bevölkerung unterliegt. Öffentliche Sicherheit zu garantieren, schließt für uns ein, die Ursachen für Straftaten zu erkennen und zu bekämpfen. Wir nehmen die Furcht vieler Menschen vor Kriminalität und Terrorismus ernst. Wir wenden uns aber gegen eine Politik, die die Sorgen und Ängste der Menschen anheizt, um Grund- und Freiheitsrechte einzuschränken.

Öffentliche Sicherheit bedeutet für uns immer auch Schutz des Einzelnen vor unverhältnismäßigen staatlichen Eingriffen. Kernbereiche der privaten Lebensführung müssen unantastbar sein. Das bedeutet: Abschaffung des großen Lauschangriffs.

Die Linkspartei.PDS tritt vehement gegen eine Aufhebung des Trennungsgebots zwischen Polizei und Geheimdiensten ein.

Wir wenden uns gegen eine Politik, die öffentliche Sicherheit durch immer neue, spektakuläre Gesetze herstellen will, nicht aber für die effektive Anwendung bestehender Gesetze sorgt. Die so genannten Anti-Terror-Gesetze haben Freiheitsrechte beschnitten. Sie haben nicht zu mehr Sicherheit geführt, aber Ressentiments gegen ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger geschürt und dazu beigetragen, insbesondere Musliminnen und Muslime einem Generalverdacht in Sachen Terrorismus auszusetzen.

3. Rechtsextremismus bekämpfen

Rechtsextremismus, Neonazismus, Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Intoleranz gegenüber anderen Lebensweisen nagen an den Grundlagen der Demokratie. Wer sich gegen die Grundrechte in einer demokratischen Gesellschaft, gegen Freiheit, Gleichheit, Gewaltenteilung und gleiche demokratische Teilhabe stellt, soll politisch und gegebenenfalls strafrechtlich bekämpft werden. Wir fordern die konsequente strafrechtliche Verfolgung rassistischer und rechtsextremistischer, neonazistischer und nationalistischer Volksverhetzung und Gewalttaten sowie eine bessere Aufklärung über Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Die Linkspartei.PDS setzt sich auch in Zukunft für breite Bündnisse zur Bekämpfung der extremen Rechten ein. Wir werden uns weiter aktiv daran beteiligen und an unserer Forderung nach besserer öffentlicher Unterstützung antifaschistischer und antirassistischer Gruppen festhalten, um damit zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Rechtsextremismus auf- und auszubauen.

4. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Einwanderungsland – gleiche Rechte für alle

Menschenwürde und Menschenrechte sind unteilbar. Wir verteidigen das individuelle Grundrecht auf politisches Asyl. Wir fordern weiter die Abschaffung von diskriminierenden Sondergesetzen, wie es das Asylbewerberleistungsgesetz oder die Residenzpflicht sind. Hunderttausende Menschen leben illegalisiert in diesem Land. Häufig sind sie Opfer skrupelloser Ausbeutung. Für sie wollen wir die Perspektive eines legalen Aufenthalts schaffen.

Wir treten für eine EU-weite Harmonisierung der Asyl- und Migrationspolitik auf der Basis menschenrechtlicher Standards ein. Eine neue Asyl- und Migrationspolitik muss Abschied nehmen von der gescheiterten rigorosen Abschottungspolitik, die nicht nur an den Außengrenzen der EU das Leben von Flüchtlingen in Gefahr bringt, sondern auch in den Mitgliedsstaaten viele Menschen in die Illegalität drängt. Die Abschiebehaft mit ihren unmenschlichen Bedingungen ist inakzeptabel. Die Linkspartei.PDS fordert die volle Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention und die Anpassung des Ausländer- und Asylrechts im Hinblick auf den Schutz und die Rechte von Flüchtlingskindern unter 18 Jahren. Sprachunterricht soll im Rahmen der Integration gebührenfrei sein.

Wir treten für klare und transparente Regelungen ein, die Vorgaben aus Verfassungs- und Völkerrecht umsetzen und eindeutige Rechtsansprüche schaffen. Das rot-grün-gelb-schwarze Einwanderungsgesetz ist geprägt von Abwehr und Ausgrenzung. Menschen, die zu uns kommen, brauchen eine rechtliche Gleichstellung im Rahmen eines demokratischen Einwanderungs- und Niederlassungsrechts. Die seit langem in Deutschland lebenden ethnischen Gruppen – alteingesessene wie eingewanderte – haben das Recht auf Schutz und Förderung der Pflege ihrer Sprache, Kultur und Traditionen.

Wir treten für ein demokratisches Staatsbürgerschaftsrecht ein, das endgültig vom „Blutrecht“ Abschied nimmt und die doppelte Staatsangehörigkeit zulässt. Rechtliche Regelungen sollen verhindern, dass Migrantinnen und Migranten für Lohn- und Sozialdumping missbraucht werden. Ein Antidiskriminierungsgesetz muss vor alltäglichem Rassismus, vor jeglicher Ausgrenzung von Menschen schützen. Migrations- und Integrationspolitik ist Gesellschaftspolitik, die die kulturelle Vielfalt unserer Gesellschaft aktiv gestaltet. Wir brauchen keine deutsche Leitkultur. Basis des Zusammenlebens in der Gesellschaft sind die im Grundgesetz und in den internationalen Menschenrechtsverträgen festgeschriebenen Grund- und Menschenrechte, die für alle gleichermaßen gelten, aber auch alle gleichermaßen bin-

den. Die Gestaltung gesellschaftlicher Vielfalt erfordert zugleich Investitionen in Sprachförderung, in kulturelle Einrichtungen, konkrete Integrationshilfen und Sozialarbeit.

5. Geschlechtergerechtigkeit

Die Gleichstellung der Geschlechter gehört zu den Grundfesten einer demokratischen Gesellschaft. Sie erfordert nicht nur den rechtlichen Schutz vor Diskriminierung, sondern auch die aktive Förderung der Geschlechter, wo immer überkommene Rollenbilder eine gleichwertige Teilhabe an Beruf und Gesellschaft verhindern.

Dazu gehört auch die Abschaffung des Ehegattensplittings mit Übergangsregelungen. Jede Erwerbsarbeit muss sozialversicherungspflichtig sein, damit Frauen vor Altersarmut geschützt sind. Wir begrüßen Überlegungen, Kindererziehungszeiten für Väter und Mütter getrennt festzulegen, und fordern ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft.

V. Umverteilung von oben nach unten: Für ein solidarisches Steuersystem

Mehr und sichere Arbeitsplätze, soziale Gerechtigkeit, Bildung und Innovation sowie die Wiederherstellung der kommunalen Selbstverwaltung erfordern entsprechende finanzielle Mittel. Das Steuerkonzept der Linkspartei.PDS zielt darauf ab, einerseits die Steuerbelastung unterdurchschnittlicher Einkommen zu verringern und andererseits der öffentlichen Hand deutlich höhere Einnahmen zu verschaffen. Mehreinnahmen sind möglich durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und höhere Einnahmen aus der Erbschaftssteuer, höhere Steuerzahlungen gewinnstarker, großer Unternehmen und eine Reform der Gewerbesteuer, die Einschränkung von Steuervergünstigungen, das Schließen von Steuerschlupflöchern für profitable Unternehmen und einkommensstarke Haushalte sowie eine höhere Besteuerung hoher Einkommen. Subventionen müssen an klare gesellschaftlich gewünschte Zwecke gebunden sein und möglichst als direkte Förderung statt über die Steuern gegeben werden. Der Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuerflucht muss verstärkt, Börsengeschäfte und Finanzspekulationen müssen endlich besteuert werden. Wir wollen das Steuersystem vereinfachen und gerechter gestalten.

Die Vermögenssteuer soll ab einem Vermögen von mehr als 300.000 Euro pro Person erhoben werden. Immobilien und Betriebsvermögen müssen realistisch nahe dem aktiven Verkehrswert bewertet werden. Soziale Sonderfälle sind zu berücksichtigen. Auch die Erbschafts- und Schenkungssteuern sind zu erhöhen. Sie liegen in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern auf einem niedrigen Niveau.

Veräußerungsgewinne bei Wertpapieren und Immobilien wollen wir ohne Spekulationsfristen besteuern. Dividenden, Zinsen und andere Kapitalerträge müssen für die Einkommenssteuer erfasst werden. Die 1991 abgeschaffte Börsenumsatzsteuer soll wieder eingeführt werden.

Bei der Körperschaftsteuer wollen wir dafür sorgen, dass die Unternehmen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten. Die Senkung der Körperschaftssteuern der letzten Jahre hat zwar die Einnahmen des Staates deutlich reduziert, aber keinen einzigen neuen Arbeitsplatz geschaffen. Insbesondere große und international tätige Unternehmen müssen auch über das Steuersystem wieder stärker ihre Verantwortung für die Gesellschaft wahrnehmen. Ihre Möglichkeiten, Gewinne in den Bilanzen zu verstecken oder in Niedrigsteuerländer zu verschieben, müssen eingeschränkt werden.

Die Gewerbesteuer soll zu einer Gemeindefinanzierungssteuer weiterentwickelt werden, in die grundsätzlich alle einbezogen werden. In die Bemessungsgrundlage sind zudem gezahlte Schuldzinszahlungen, Mieten, Pachten und Leasingraten einzubeziehen, um Umgehungsmöglichkeiten abzubauen und die Finanzbasis der Gemeinden zu stärken. Durch die An-

rechnung der Steuerzahlung auf die Einkommenssteuer sollen die meisten Personenunternehmen nicht zusätzlich belastet werden.

Die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) soll bei 16 Prozent bleiben. Einen ermäßigten Satz von 7 Prozent soll es zusätzlich beim Handwerk und bei apothekenpflichtigen Arzneimitteln geben.

Bei der Lohn- und Einkommenssteuer wollen wir Personen und Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen entlasten und Steuerpflichtige mit hohen und sehr hohen Einkommen stärker heranziehen. Der Eingangsteuersatz soll 15 Prozent betragen – bei einem Freibetrag von 12.000 Euro. Dann soll der Steuersatz allmählich (linear-progressiv) bis zu einem Spitzensteuersatz von 50 Prozent ansteigen. Dieser soll auf die Einkommensteile oberhalb 60.000 Euro erhoben werden. Eine Reihe von Steuervergünstigungen sind zu streichen, z.B. bei außerordentlichen Einkünften und haushaltsnahen Beschäftigungen. Steuersparfonds und ungerechtfertigte Abzugs- und Gestaltungsmöglichkeiten bei Immobilienvermietung sollen eingeschränkt werden. Die Fahrtkostenpauschale für Berufspendler wollen wir auf 40 Cent pro Entfernungskilometer anheben und die Steuerfreiheit der Zuschläge für Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit beibehalten.

Wir wollen die Einführung der Individualbesteuerung, die Abschaffung des Ehegattensplittings und aller Regelungen, die die Nicht-Erwerbstätigkeit von Frauen begünstigen.

Nach unserem Steuermodell sind Mehreinnahmen von über 60 Milliarden Euro zur Finanzierung von Bildung und Innovation, für die sozialen Sicherungssysteme und für ein Zukunftsinvestitions-Programm möglich.

VI. Frieden leben, Frieden ermöglichen, Globalisierung gestalten

1. Deutschland verweigert den Kriegsdienst

Unsere Freiheit wird nicht am Hindukusch verteidigt. Kämpfende deutsche Soldaten in aller Welt sind keine Botschafter des Friedens. Der Kampf gegen den Terrorismus lässt sich gewinnen, der Krieg gegen den Terrorismus nicht. Mehr Sicherheit ist durch mehr globale Gerechtigkeit und dadurch zu erreichen, dass man sich der Vereinnahmung durch die USA entzieht. Rüstung schafft keine Sicherheit. Abrüstung, auch einseitige Schritte, eine starke UNO und ein friedensorientiertes Europa tragen zur Stabilität bei. Die Wehrpflicht ist abzuschaffen und die Bundeswehr zahlenmäßig auf eine Personalstärke von 100 000 zu reduzieren. Die Linkspartei.PDS lehnt die Aufstellung europäischer Interventionsstreitkräfte ab.

Unsere Partei fordert den Deutschen Bundestag auf, von den USA zu verlangen, ihre Atomwaffen aus Deutschland abzuziehen und damit eine Dynamik für ein Europa ohne Massenvernichtungswaffen in Gang zu setzen.

Die riesigen Rüstungsvorhaben müssen gestoppt und die Mittel für Rüstung drastisch reduziert werden. Das so frei werdende Geld kann zwischen den Kommunen für Investitionsprogramme, die Arbeitsplätze schaffen, und für Entwicklungshilfe, die auch Sicherheit bringt, aufgeteilt werden. Deutschland beteiligt sich künftig nicht mehr an Kriegseinsätzen in aller Welt und holt die Soldaten aus solchen Einsätzen Schritt um Schritt zurück. Statt einer Europäischen Rüstungsagentur wird eine Agentur für Abrüstung und Konversion gegründet. Statt europäischen Militärs entsenden wir Kräfte in ein Green-Corps zur Katastrophenhilfe.

2. Arbeitsplätze durch Abrüstung und Umstellung auf zivile Produktion

Rüstung ist ein Geschäft mit dem Tod – bezahlt von Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Unter Rot-Grün ist Deutschland weltweit auf den 4. Platz der Rüstungsexporteure vorge-

rückt. Wir wollen stattdessen mit Abrüstung und Konversion Arbeitsplätze schaffen. Allein in den nächsten zehn Jahren sind zwingend 1 Million Tonnen konventioneller Munition in Europa zu entsorgen. Das bedeutet 15 000 Arbeitsplätze in der ganzen EU. Militärische Übungsplätze sollen ab- und nicht ausgebaut werden. Die Kyritz-Ruppiner Heide darf nicht zum Bombodrom werden.

Eine alternative Sicherheitspolitik erfordert ein konsequentes Umlenken von Wissenschafts- und Wirtschaftspotenzialen für friedliche, nicht für Rüstungszwecke, für den Schutz der Umwelt, für die Steigerung der Energieeffizienz, für eine sparsame Nutzung von Rohstoffen und Ressourcen, für die Entwicklung und Anwendung moderner Werkstoffe. Eine solche Konversionspolitik könnte allein in Deutschland 30 000 bis 40 000 Arbeitsplätze bringen.

Die dafür notwendigen politischen und wirtschaftlichen Schritte auf Bundesebene sollen in einem nationalen Konversionsprogramm festgeschrieben werden.

3. Für eine erneuerte Europäische Union

Die Perspektive der Bundesrepublik ist eine europäische. Die Linkspartei.PDS sagt JA zu Europa, JA zu einer sich wandelnden Europäischen Union. Sie steht für einen Kurswechsel in der europäischen Integration und der deutschen Europapolitik.

Die Gemeinschaft soll die Gleichstellung aller Menschen – unabhängig von Herkunft und Geschlecht – gewährleisten. Wir wollen eine Europäische Union, die sozial und ökologisch nachhaltig wirtschaftet, sich gemeinsame Mindeststandards bei Löhnen, Steuern und Sozialleistungen gibt und konsequent zu einer nicht-militärischen Vereinigung wird. Im Zentrum darf nicht länger allein der Markt, sondern müssen Existenz sichernde Arbeitsplätze und soziale Sicherheit stehen. Unverzichtbar ist die Ergänzung der Währungsunion durch eine Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltunion. Die Institutionen und Entscheidungsprozesse in der EU müssen demokratisch, transparent, unbürokratisch und bürgernah sein. Die Bürgerinnen und Bürger sind an der Gestaltung der EU zu beteiligen. Dem Europäischen Parlament sind das Recht zur Gesetzesinitiative und die volle Entscheidungsfreiheit bei der Auswahl des Kommissionspräsidenten zu geben. Diese Grundorientierungen sollen auch den Geist eines neuen Europäischen Verfassungsvertrages prägen.

In den Verhandlungen zwischen den Mitgliedsstaaten muss gesichert werden, dass die erforderlichen Finanzmittel zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung der gesamten Union zur Verfügung stehen. Das gilt vor allem für die Regional-, Struktur- und Kohäsionspolitik, die wesentlich dazu beiträgt, die Lebensverhältnisse zwischen den Regionen anzugleichen und an der östlichen Grenze der Bundesrepublik das Zusammenwachsen der ehemals geteilten Grenzregionen im Interesse von Deutschen, Polen und Tschechen zu befördern.

Die Europäische Union muss ihre Handelspolitik ändern und die unbeschränkte Ausweitung des Dienstleistungsabkommens GATS ablehnen. Die geplante Dienstleistungsrichtlinie (Bolkestein-Richtlinie) würde zu großer Rechtsunsicherheit und zu erheblichem Sozialdumping führen und ist deshalb zurückzunehmen. Der Binnenmarkt muss vielmehr über die Harmonisierung der sozialen und ökologischen Standards sowie der Löhne und Steuern auf möglichst hohem Niveau geschaffen werden.

4. Globalisierung gerecht gestalten

Der neoliberalen Globalisierung setzen wir Forderungen entgegen, die auf die Durchsetzung von sozialen und ökologischen Standards gerichtet sind, die die Menschenrechte stärken und eine demokratische Regulation der Finanzmärkte verlangen.

Die Entwicklungshilfe muss – so wie es die Vereinten Nationen fordern – auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts angehoben werden. Mit einer umfassenden Entschuldung, der Förde-

rung von Schritten einer selbstbestimmten wirtschaftlichen Entwicklung müssen gerechtere Wirtschaftsbeziehungen zwischen Nord und Süd hergestellt werden. Notwendig ist eine umfassende Demokratisierung der internationalen Organisationen wie IWF und Weltbank. Wir treten für eine Stärkung und Reform der UNO ein.

* * *

Wir wollen eine soziale und solidarische Gesellschaft. Wir wollen deshalb, dass die Übermacht des Kapitals zurückgedrängt wird, weil sie menschenwürdigem Leben entgegensteht.

Wir werden dort sein, wo in unserem Land Protest und Widerstand notwendig sind. Wir wollen machbare Alternativen entwickeln und durchsetzen – tolerant und fair in einem breiten Bündnis mit allen, die auf demokratische Weise einen anderen Entwicklungsweg der Gesellschaft einschlagen wollen.

Die Linkspartei.PDS ist nach sechzehn Jahren der Regierung Kohl und nach sieben Jahren Schröder-Regierung die ernst zu nehmende Chance, im Bundestag eine neue soziale Alternative zur Geltung zu bringen und damit die sozialen Kräfte außerhalb des Parlaments und der Parteien zu stärken.

Eine alternative Politik ist nicht nur überfällig. Sie ist möglich!